

Deutlicher lässt sich Verachtung für den Bürger kaum zum Ausdruck bringen

Welt, 03.07.2023, Michael Höfling

<https://www.welt.de/finanzen/immobilien/plus246139844/Gebaeudeenergiegesetz-Deutlicher-laesst-sich-Buerger-Verachtung-kaum-zum-Ausdruck-bringen.html?cid=email.crm.redaktion.newsletter.finanzen>

Grüne und SPD wollen das verkorkste Gebäude-Energie-Gesetz noch vor der Sommerpause durch den Bundestag peitschen. Die Idee dahinter hätte nur mit einem wirklich durchdachten Gesetz funktionieren können. Doch machtpolitische Erwägungen sind der Ampel offensichtlich wichtiger.

Haben Sie mitgezählt, wie oft sich die Ampel-Koalition schon auf die Novelle des Gebäude-Energie-Gesetzes (GEG) geeinigt hat? Egal, jetzt jedenfalls soll es ein weiteres Mal so weit sein.

Wie die Male zuvor wurde der „Durchbruch“ von vollmundigen Beteuerungen begleitet. „Ich glaube, dass das, was Sie bald erfahren, gut ist“, sagte FDP-Chef Christian Lindner am Dienstag bei WELT.

Drei Monate zuvor, nach dem vorschnell gefeierten Koalitionsausschuss, hatte er ähnlich zuversichtlich verkündet: „Wir hatten noch Konkretisierungsbedarf, den wir jetzt geschlossen haben.“ Und wie damals, so tauchten auch diesmal schon wenige Stunden, nachdem erste Details durchgesickert waren, neue lästige Unklarheiten und Fragen auf.

Muss ab 2024 jede neue Heizung eine klimafreundliche sein, wie es die Grünen postulieren? Oder kann, so die Lesart der FDP, niemand zu etwas verpflichtet werden, bevor eine kommunale Wärmeplanung vorliegt? Können am Ende sogar weiter Ölheizungen verbaut werden, wenn sie mit biobasiertem Treibstoff betrieben werden? Und wer darf die Beratungsgespräche durchführen?

Diese grundlegenden Fragen belegen beispielhaft, was jeder vor drei Wochen hätte wissen können: Das umstrittene Gesetz, das tief in die Lebenswirklichkeit aller Menschen im Land eingreifen wird und seit Monaten das Land entzweit, ist auf Basis des verunglückten Entwurfs aus der Feder von Ex-Staatssekretär Patrick Graichen nicht in so kurzer Zeit zu retten. Kaschiert werden soll diese Erkenntnis mit den Abermilliarden von Fördermitteln unklarer Herkunft, die die Parteien jetzt mit Getöse ins Schaufenster stellen, als seien damit alle Probleme der Eigentümer gelöst.

Kalkül hinter der schnellen Verabschiedung des GEG

Doch die Zeit drängt nun mal. Grüne und SPD lassen seit Wochen keine Gelegenheit verstreichen, zu betonen, wie wichtig die Verabschiedung des Gesetzes noch vor der Sommerpause angeblich sei. Die Menschen wollten endlich Klarheit, so das gern genommene Credo. Das Kalkül dahinter entlarvt sich mit jeder trotz angeblicher Einigung neu auftauchenden Frage deutlicher: Die Diskussion über die Zukunft des Heizens soll um keinen Preis das mediale Sommerloch füllen. Denn das geht nahtlos über in die heiße Phase des Wahlkampfes für die Landtage in Hessen und Bayern am 8. Oktober.

Entsprechend groß ist die Sorge, das Umfragehoch der AfD könnte mit einer Fortführung der Debatte neue Nahrung erhalten – und ihr zulasten der beim GEG treibenden Parteien im Herbst entsprechende zählbare Erfolge bescheren. Es mag zwar nicht das Heizungsthema allein sein, das die Menschen in die Arme der Partei treibt. Eine entscheidende Rolle hingegen dürfte es allemal spielen.

Zu leicht sind die Regierungspläne für jedermann als ideologisch motiviert zu entlarven: Die CO₂-Einsparungen durch die Maßnahme stehen in keinem Verhältnis zu den gigantischen Aufwendungen, die Millionen Menschen mit dem Gesetz aufgebürdet werden. Auch die Mär von Deutschland als Vorbild für andere Nationen, die einer Energiewende à la Trittin und Habeck folgen könnten, ist längst nicht mehr haltbar.

Machtpolitische Erwägungen statt sorgfältigem Prozess

Noch fataler aber für die Glaubwürdigkeit der Politik: Das Festhalten am Atomausstieg (bei gleichzeitiger Reaktivierung von Kohlekraftwerken) mitten in einer schweren Energiekrise, nur um den Lebensraum einer 14,8-Prozent-Partei zu erfüllen – was allein einen CO₂-Ausstoß von 15 Millionen Tonnen jährlich zusätzlich bedeutet. Das sind 50 Prozent mehr, als das Heizungsgesetz laut BMWK selbst im Jahr 2030, wenn die Wärmewende weit vorangeschritten sein soll, an CO₂ einsparen hilft.

Der Ampel aber ist's gleich: Sie zieht offensichtlich machtpolitische Erwägungen einem sorgfältigen Gesetzfindungs- und gebungsprozess, der jenseits aller Ideologie die gangbarsten Wege wählt und dabei Maß und Mitte wahrt, vor.

Deutlicher lässt sich Verachtung für den Bürger kaum zum Ausdruck bringen. Doch ob das Kalkül, das Thema vor der Sommerpause um jeden Preis abzuräumen, am Ende aufgeht, ist zweifelhaft. Dafür hätte es eines durchdachten Gesetzes bedurft. Und keines schnellen.